

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH - Pfarrer Alfons KREUSSEL - Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB - Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

5. Jahrgang, Nummer 7

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Juli 1957

INHALT

ANSTÖSSIGER NAME?

von Gerhard Schröder S. 1

VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND

von Konrad Adenauer S. 2

UNSER VERHÄLTNISS ZUM OSTEN

von Heinrich v. Brentano S. 4

EVANGELISCHE KIRCHE ÜBER OST UND WEST

von Volkmar Hertrich S. 4

PREDIGT ZUM PARTEITAG

von Heinz Zahrnt S. 6

„EVANGELISCHE VERANTWORTUNG HEUTE“

Berichte der Arbeitsgruppen der Kasseler
Bundestagung von Walter Strauß, Hellmut
Lauffs und Elisabeth Schwarzhaupt . . . S. 9

KASSELER ERKLÄRUNG S. 12

ANSTÖSSIGER NAME?

Antwort an einen Wähler / von Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Innern

Die politischen Gegner auf der Linken stoßen sich an dem Namen der Partei, zu der ich gehöre. Sie sagen, sie dürfe sich nicht „Christlich-Demokratische Union“ nennen, denn auch andere Parteien zählten Christen zu ihren Mitgliedern.

Als die CDU gegründet wurde, kamen kaum Proteste gegen den Namen der neuen Partei. Damals sahen unsere Gegner diese Bezeichnung vielleicht nicht einmal ungern. Zwölf Jahre lang war eine gottlose Staatsführung am Ruder gewesen; sie haßte das Christentum und verfolgte seine Anhänger, sie propagierte den Kirchenaustritt und ließ die Jugend ohne religiöse Unterweisung. Zudem hatte der Krieg, wie jeder Krieg, die moralischen Bande gelockert. So war

es also sehr die Frage, ob eine christliche Partei wachsen und gedeihen konnte.

Die Proteste mehrten sich erst später. Als die SPD über den Kreis ihrer bisherigen Anhänger hinaus wachsen wollte, als sie neue Wählerschichten zu gewinnen suchte, mußte sie feststellen, daß in der christlichen Bevölkerung ein sehr starkes Mißtrauen herrschte gegenüber der alten Freidenkertradition der Sozialdemokraten, die „Kirchen und Pfaffen“ ehemals zur bevorzugten Zielscheibe ihrer höhnischen Angriffe gewählt hatte.

Erst später besann sich die SPD. Heute gibt sie an, verbrannt zu haben, was sie bisher angeboten. Heute versichert sie, die Angelegenheiten der Christen seien

auch bei ihr gut aufgehoben. Dieses Versprechen ist, wie gesagt, sehr jungen Datums.

Wenn heute einige SPD-Leute Frieden mit den Kirchen schließen wollen, wenn sie Gespräche mit den Pfarrern suchen und sich endlich um eine positive Sicht des Religiösen und auch des Christlichen bemühen wollen, so ist dies gewiß zu begrüßen. Fatal ist nur, daß dies so sehr in die Nähe der Bundestagswahlen gerückt und zugleich mit einem auffallenden Werben um christliche Wähler verknüpft ist.

Und noch eine Frage: Alle Fraktionen des Bundestages geben selbstverständlich Auskunft über die Religionszugehörigkeit ihrer Mitglieder. Nur die SPD-Fraktion verweigert diese Auskunft. Warum wohl?

Die SPD sagt, Religion sei Privatsache. Das ist nicht mehr als ein Schlagwort. Denn man kann den Menschen nicht in zwei Persönlichkeiten zerlegen, in eine private für Gott und Kirche und eine andere für Staat und Gesellschaft.

Die CDU hat zum ersten Male in der deutschen Geschichte Evangelische und Katholiken in einer großen Partei gesammelt. Sie will nicht die Unterschiede zwischen den Bekenntnissen verwischen, sie will das Gemeinsame über das Trennende stellen. Das ist ihr gelungen, und damit hat die CDU dem inneren Frieden unseres Landes einen großen Dienst erwiesen. Sie denkt um so weniger daran, ihren Namen zu ändern, als sie die Bezeichnung „christlich“ nicht selbstgerecht trägt, sondern als eine große Verpflichtung.

VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND

von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Wir bringen im folgenden Auszüge aus der großen Rede, die Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Eröffnung des Wahlkampfes am 30. Juni 1957 in Dortmund gehalten hat. Es wurden Stellen ausgewählt, die zur Klärung in den letzten Wochen streitig gewordener Positionen beitragen können.

Nach einigen allgemeinen einleitenden Bemerkungen sprach Dr. Adenauer über die Sicherung des Friedens und die Haltung der Bundesregierung zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen.

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Wenn es zu scharfen Verwicklungen und Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kommt, dann sind wir mitten in einem Brennpunkte dieser Auseinandersetzung mit allen furchtbaren Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Eine deutsche Bundesregierung mag vorher erklärt haben, wir sind neutral, wir haben keine Wehrpflicht, auf unserem Gebiet sind keine atomaren Waffen. Das alles würde uns gar nichts helfen. Ein großer Krieg würde unsere Grenzen nicht beachten, und wir können sie nicht schützen, weil wir dazu zu schwach sind. In einem großen Atomkrieg würden die radioaktiven Wolken vom Winde, den wir nicht aufhalten können, getrieben, auch über ein neutralisiertes oder nicht für neutral erklärendes Deutschland hinweggehen.

Aber der große Krieg, der weite Gebiete der Erde verwüsten, ungezählte Millionen von Menschenleben vernichten würde, ist nicht unvermeidbar: er kann verhütet werden und er muß verhütet werden durch eine allgemein kontrollierte Abrüstung. Diese wird kommen, wenn die freien Völker des Westens sich fest zusammenschließen, wenn sie zusammengeschlossen so stark sind, daß Sowjetrußland einsieht, diese Front steht fest, sie ist so stark, daß ein Angriff gegen sie Selbstmord für Sowjetrußland sein würde. Dann, aber auch nur dann, wird es — daran glaube ich fest und unerschütterter — zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung kommen...

Trotz dieses Verhaltens der Sowjetunion begrüßen wir es, daß die Verhandlungen der Unterkommission der Abrüstungskommission der UNO, die im März dieses Jahres in London begonnen haben, nach einer kurzen

Unterbrechung nunmehr wieder in Gang gekommen sind.

Die Vorschläge der Vereinigten Staaten, die im Einvernehmen mit ihren Verbündeten gemacht werden, sind sehr weitgehend und geeignet, durch eine allgemein kontrollierte Abrüstung, und zwar sowohl auf dem Gebiete der atomaren Waffen wie auf dem Gebiete der konventionellen Waffen endlich der Welt wieder Ruhe zu geben. Während meines Aufenthaltes in Washington hat mich Staatssekretär Dulles über die ganzen Vorschläge unterrichtet. Ich habe ihnen in vollem Ausmaße zugestimmt. Ich betone das nachdrücklich, weil mehr oder minder versteckt behauptet wird, daß die Bundesrepublik ein Hindernis des Fortgangs der Verhandlungen sei, insbesondere ich. Das ist nicht der Fall. Wir waren auch kein Hindernis in der Frage einer Inspektion europäischer Gebiete. Ich hatte schon früher öffentlich erklärt, daß wir nichts gegen eine Inspektion unseres Landes hätten. Unsere politischen Gegner haben vergessen, daß wir einer Inspektion durch die Westeuropäische Union ja jetzt schon unterliegen. Sie scheinen vergessen zu haben, daß in der Bundesrepublik aus der Zeit des Viermächteabkommens herrührend, eine russische Militärkommission sich befindet, die ihren Sitz in Baden-Baden hat, und sich genau darüber unterrichtet, was bei uns auf militärischem Gebiete vorgeht. Ich bin auch überzeugt davon, daß die Russen das Gebiet der Bundesrepublik aus irgendwelchen Flugzeugen heraus ständig kontrollieren und fotografieren. Es war eine direkt im Gegensatz zur Wahrheit stehende Behauptung, daß wir und insbesondere ich Schwierigkeiten machen. Für den Entschluß der Vereinigten Staaten, zuerst eine Inspektion der Arktis vorzuschlagen und nicht zuerst eine Inspektion der europäischen Länder war maßgebend allein der Gedanke, daß man schneller zu einer Inspektion der Arktis kommen könne, als zu einer Inspektion der europäischen Länder, weil hierzu eine Beschlußfassung der zahlreichen europäischen Parlamente notwendig sei.

Ich erkläre ausdrücklich, daß wir zu jeder möglichen Unterstützung einer kontrollierten Abrüstung auf dem Gebiet der atomaren und konventionellen Waffen bereit sind. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß gleichzeitig auch die Ursachen der verschiedenen

Spannungen beseitigt werden. Dazu rechnen wir in erster Linie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Hierfür haben wir von unseren Partnern, insbesondere von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, den drei westlichen früheren Besatzungsmächten, bindende Zusagen erhalten.

Die Abrüstungsverhandlungen werden sehr lange dauern. Herr Dulles schätzt ihre Dauer auf ein bis zwei Jahre. Man wird dem beipflichten müssen, wenn man die Vielfalt und Schwierigkeit der zu regelnden Tatbestände und die Verhandlungstatik Sowjetrußlands berücksichtigt. Wir dürfen darüber nicht die Geduld verlieren und wir werden sie nicht verlieren. Dafür ist das Ziel, das es zu erreichen gilt, zu groß. Ich bin der festen und unerschütterlichen Überzeugung, daß Sowjetrußland nur dann zu einer solchen Abrüstung bereit sein wird, wenn es sich einer geschlossenen, festen und unerschütterlichen Front der westlichen, freien, in der NATO zusammengeschlossenen Völker gegenüberstellt. Sowjetrußland tut alles, was es kann, diese Einheit zu zerstören. Es hat versucht, Frankreich zu erschrecken durch den Hinweis darauf, daß ein bewaffnetes Deutschland eine Gefahr für Frankreich darstelle. Es macht Großbritannien darauf aufmerksam, daß ein wiedervereinigtes, freies Deutschland die stärkste wirtschaftliche Macht in Europa werden würde. Es bombardiert uns, je näher der Wahltermin kommt, mit immer schärferen Noten, um die Bevölkerung der Bundesrepublik in Schrecken zu versetzen und dadurch den Ausgang der Bundestagswahl im Sinne der russischen Interessen zu beeinflussen.

Trotz alledem sind wir zur positiven Mitarbeit bei den Abrüstungsverhandlungen bereit. Ich betone aber nochmals nachdrücklich, daß innerhalb dieser Verhandlungen auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands geregelt werden muß.

Nach einer kritischen Darstellung der gefährlichen Haltung der sozialdemokratischen Partei in der Frage des Verteidigungsbeitrags, des Eintritts in die NATO und der Neutralisierung Deutschlands gibt der Bundeskanzler eine Klarstellung seiner Bamberger Äußerungen:

Vor kurzem habe ich in einer Rede in Bamberg Ausführungen gemacht, die insbesondere die Sozialdemokratische Partei außerordentlich aufgeregt haben. Man hat mir unterstellt, ich hätte in Bamberg für meine Partei gewissermaßen das Monopol des Christlichen in Anspruch genommen. Kein Wort davon ist wahr. Ich habe darüber in Bamberg überhaupt nicht gesprochen, ich habe in einem derartigen Zusammenhang über keine deutsche Partei mich geäußert. Aber ich habe folgendes gesagt und das ist nach wie vor meine Meinung: Ich habe die außenpolitische Lage klargelegt, ähnlich wie ich das heute getan habe. Ich habe gesagt, daß eine Auflösung der Front der freien Völker des Westens den Sieg des kommunistischen Rußlands in Europa bedeute. Ich habe weiter ausgeführt, daß es sich bei der Bundestagswahl 1957 darum handele, diese in der NATO vereinigte Front der freien Völker zu stärken, nicht sie zu schwächen, daß die Schwächung oder der dadurch sogar herbeigeführte Zerfall der NATO-Front uns dem dem Christentum feindlichen russischen Kommunismus ausliefere. Daher werde bei dieser Wahl die Entscheidung getroffen werden müssen darüber, ob Deutschland und Europa christlich bleiben würden oder ob sie kommunistisch würden. Ich hoffe, daß die SPD mit mir darin übereinstimmt, daß der russische Kommunismus der entschiedenste und entschlossenste Feind des Christentums ist.

Nach der ausführlichen Schilderung der erfolgreichen Aufbaupolitik der vergangenen acht Jahre wendet sich der Bundeskanzler am Schluß seiner Rede der Frage der Wiedervereinigung, den ethischen Grundlagen der Politik der Christlich-Demokratischen Union und der bedeutsamsten Frage der Wahlentscheidung zu:

Stabilität oder Experiment?

Die Frage der Wiedervereinigung ist abhängig von der internationalen Situation. Das gibt jetzt auch die Sozialdemokratie zu. Wir haben jede Gelegenheit wahrgenommen, und wir werden in Zukunft jede Gelegenheit wahrnehmen, die die Entwicklung der internationalen Situation uns gibt. Wir haben bei den drei westlichen Besatzungsmächten den Antrag gestellt, daß, sobald die Situation bei den Abrüstungsverhandlungen in London zeigt, daß die Atmosphäre günstiger geworden ist, eine Konferenz der Außenminister der vier Besatzungsstaaten zusammentreten soll, um auch die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu lösen. Die drei westlichen Besatzungsmächte haben zugestimmt. Wir werden — ich versichere das nochmals — die Gelegenheit, die sich jetzt hoffentlich bieten wird, mit der größten Energie ausnützen. Wir sind überzeugt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich uns dabei helfen werden. Bis dahin müssen wir den geistigen, den menschlichen Kontakt mit den Deutschen in der Ostzone nach Kräften pflegen. Das ist eine Aufgabe, die jedem persönlich obliegt. Wenn wir alle miteinander in der Bundesrepublik diese Aufgabe klar erkennen und dieser Erkenntnis entsprechend handeln, werden die Deutschen in der Ostzone ihre Hoffnung, ihr Vertrauen auf uns niemals verlieren.

Unsere Politik beruhte auf ethischen Grundsätzen. Sie beruhte auf der durch das abendländische Christentum entwickelten Forderung der Freiheit der Person. Wir ließen uns immer leiten von dem Bestreben, unserem gesamten Volke die Freiheit wieder zu verschaffen, die ihm dann wiedergegeben wurde durch die Gewähr der Souveränität.

Wir ließen uns ebenso leiten durch das Bestreben, jedem Menschen auch die innere geistige Freiheit zu geben, die ihn allein befähigt, gerade in einer so von Wirrnis und Sorge erfüllten Zeit wie der unsrigen, ein menschenwürdiges Leben zu leben.

Die Verpflichtung, die wir auf uns nahmen, als wir uns Christlich-Demokratische Union nannten, haben wir, wie ich glaube, erfüllt. Wir haben uns immer leiten lassen von der Achtung vor dem andern. Dadurch ist es auch erreicht worden, daß in unserer Partei die beiden christlichen Bekenntnisse in gegenseitiger Achtung voreinander zusammen arbeiten. In unserer Partei wird viel weniger über Gegensätze oder sogar Differenzen der Konfessionen gesprochen, als außerhalb unserer Partei. Darüber sind wir glücklich, denn die Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen in der Politik, hat uns leider jahrhundertelang in Deutschland gefehlt.

Jetzt gehen wir in den Wahlkampf, wir werden ihn führen mit Kraft, in Einigkeit und Geschlossenheit. Unser Ziel ist, dem deutschen Volke das zu erhalten, was wir erreicht haben, zu verhindern, daß törichte Experimente alles das wieder zerschlagen, was erreicht ist. Das deutsche Volk will keine gefährlichen Experimente, es will, daß Deutschland in Ruhe weiter arbeiten kann zusammen mit den freien Völkern an dem Frieden der Welt; weil ohne die engste und vertrauensvollste Zusammenarbeit mit den freien Völkern, unseren Bundesgenossen, weder Freiheit noch Frieden noch Wiedervereinigung in Friede und Freiheit möglich ist.

UNSER VERHÄLTNISS ZUM OSTEN

von Bundesaußenminister Dr. Heinrich v. Brentano.

Der folgende Text ist der Schluß der Rede, die Bundesaußenminister v. Brentano auf der Schlußkundgebung der Kasseler Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises am 22. Juni 1957 in Kassel gehalten hat.

Es bleibt uns noch übrig, auch unser Verhältnis zum Osten zu regeln. Nicht zuletzt, um damit die Frage der Teilung Deutschlands aus der Welt zu schaffen und diesen Millionen von Menschen, die auf die Freiheit warten, die Freiheit zurückzugeben. Wir wissen, daß wir dazu das Ja der Sowjetunion brauchen. Wir wissen, daß wir das Ja aller von der Sowjetunion unabhängigen Länder für diese Aufgabe bereits besitzen. Aber die Sowjetunion soll auch wissen, daß dieser Spannungszustand, der von Tag zu Tag stärker wird, eine Belastung darstellt, die auch für das sowjetrussische Volk, genau wie für das deutsche Volk und alle anderen Völker auf die Dauer unerträglich ist. Sollte man im Kreml nicht verstehen, was es für den Frieden in der Welt und für die Beziehungen zwischen dem sowjetrussischen und dem deutschen Volk bedeuten würde, wenn die Sowjetunion dazu beitragen würde, dieses Problem aus der Welt zu schaffen? Von diesem Augenblick an würden nicht mehr 17 Millionen, wie es zur Stunde noch geschieht, mit Haßgefühlen an die Sowjetunion denken als das Symbol ihrer Unterdrückung, und würden nicht mehr 50 Millionen in der Bundesrepublik mit Bitterkeit die russische Politik verfolgen, weil man ihnen ein Recht vorenthält, das von keinem Menschen in der Welt bestritten werden kann, das Selbstbestimmungsrecht einer Nation. Wenn die Sowjetunion immer wieder von neuem betont, welchen Wert sie darauf lege, das Verhältnis zu Deutschland zu bessern — und ich möchte annehmen, daß es ihr damit ernst ist —, dann sollte sich die sowjetische Regierung die Frage vorlegen, ob es denn einen anderen Weg, als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes gibt, um dieses Ziel zu erreichen. Ich sage — nein. Ich sage allerdings auch allen, meine Damen und Herren, nein, die nun glauben, um der Wiedervereinigung willen uns Verhandlungen vorschlagen zu müssen über das Maß der Freiheit, das man dann dem deutschen Volke zu geben bereit sei. Wer bereit ist, über das Maß dieser Freiheit zu reden, hat bereits die Freiheit verspielt. Nichts wäre gefährlicher, als eine Entwicklung, die es dem Osten ermöglicht, darauf zu spekulieren, daß vielleicht irgendwann einmal eine deutsche Regierung bereit sei, mit sich über die Freiheit handeln zu lassen. Und nichts wäre gefährlicher in der nächsten Zukunft, als wenn man im

Westen glaubte oder glauben könnte, es könnte vielleicht eine deutsche Regierung einmal kommen, die sich nicht mehr mit der gleichen Bedingungslosigkeit zu den Lebenswerten der westlichen Welt bekennt — nicht, meine Damen und Herren, zu den Eisschränken und Automobilen — sondern zu den Werten, von denen meine Vorredner gesprochen haben. Ich habe keinen Zweifel, daß wir eine Entwicklung einleiten können, die es uns ermöglichen wird, auch mit unseren polnischen und tschechischen Nachbarn über das Schicksal der Menschen zu sprechen, die man gegen Gesetz und Recht aus ihrer Heimat vertrieben hat, und denen die Möglichkeit gegeben werden muß, in ihre Heimat als freie Menschen zurückzukehren. Ich bin überzeugt, daß im ganzen deutschen Volke die innere Bereitschaft und der Wille vorhanden sind, sein Verhältnis zu seinen Nachbarn ringsum zu ordnen und auf eine neue Basis zu stellen. Daß wir nur das verlangen, was die anderen für sich auch zu verlangen berechtigt sind. Wir wollen nicht mehr an Freiheit, als die anderen für sich in Anspruch nehmen. Wir wollen nicht die absolute Freiheit, um sie dann mißbrauchen zu können. Wir wollen nicht mehr an Sicherheit, als andere für sich in Anspruch nehmen. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen auch nicht weniger an Sicherheit, als andere für sich beanspruchen, denn, solange die Welt noch so ist, wie sie sich uns heute darstellt, ist ein Mindestmaß an garantierter Sicherheit unerlässlich, wenn man nicht das Schicksal erleben will, das andere vor uns schon erlebt haben. Geschriebene Verträge sind nicht unbedingt wertvoll. Auch die, die zwischen Stalin und Hitler abgeschlossen worden sind, haben ja nicht sehr lange gehalten. Und darum ist es meine Bitte, mein Anliegen, daß Sie dazu beitragen, meine verehrten Damen und Herren, daß wir diese Politik der letzten Jahre unverändert und gradlinig fortsetzen können. Wenn ich sage unverändert und gradlinig, so lassen Sie mich gleich noch eine Korrektur anbringen. Man sagt uns ja zuweilen, wir seien hartnäckig, wir seien dickköpfig, wir seien unbelehrbar, wir hätten keine Phantasie, wir hätten keine Elastizität und was der Vorwürfe mehr sind. Das Maß von Elastizität und von Anpassungsfähigkeit, das mancher in der Opposition besitzt, vermag ich allerdings nicht aufzubringen. Aber ich meine, daß wir in den vergangenen Jahren überzeugend bewiesen haben, und die ganze Welt ist dafür heute Zeuge, daß wir unsere politischen Entscheidungen den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen vermögen und anzupassen entschlossen sind mit der einen unabdingbaren Einschränkung: daß am Kurs dieser Politik nichts geändert wird.

EVANGELISCHE KIRCHE ÜBER OST UND WEST

von Landesbischof D. Dr. Volkmar Hertrich, Hamburg

Die wesentlichen äußeren Dinge der besonderen Situation der evangelischen Christen der Kirche in Ost und West darf ich als bekannt voraussetzen: die organisatorische Einheit der EKD, die Tatsache, daß Synode und Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland grundsätzlich alle ihre Entscheidungen in der Verantwortung gegenüber Ost und West zu realisieren haben, ist das stärkste Band der Einheit. Man muß auch das einmal ganz leidenschaftslos und sachlich

sagen. Diese Feststellung ist um so erstaunlicher, als es klar sein muß, daß die Wiedervereinigung kein direkt christliches Thema sein kann. Die Kirche Jesu Christi — und das gilt für die evangelische wie für die katholische — kann auch über Grenzen hinweg gemeinsam leben, und auch ein „Eiserner Vorhang“ vermag sie nicht zu trennen. Das eigentlich christliche Moment ist sehr viel indirekter, sehr viel vorläufiger. Die Christenheit steht, indem sie für die Wiederver-

einigung spricht, für die Brüder ein, die in Not sind, für die auseinandergerissenen Familien, für die Arbeiterschaft, die unter dem System seufzt, für die Rechtlosen und Erniedrigten, für die Selbstentscheidung im politischen Bereich, für das Faktum, daß hier ein geschichtlicher Ablauf nicht durch ein brutales Diktat abgeschlossen werden kann. Die evangelische Kirche leistet faktisch ihren Beitrag dadurch, daß sie versucht, die Ströme der Liebe in Bewegung zu halten durch die Patenschaften, durch den Besuch der Christen hinüber und herüber, durch den Leipziger Kirchentag und noch wesentlicher durch die Verkündigung des Evangeliums und den uns so wenig bisher gelungenen Austausch von Pastoren zwischen Ost und West. Die Kirche hat im Unterschied zu den politischen Parteien keine politische Konzeption über die Frage der Wiedervereinigung, sondern sie ist getrieben durch das Motiv der menschlichen Wiedervereinigung.

Aber lassen Sie mich auf die gängigen Themen im Vordergrund verzichten und eine Frage aussprechen, die, wenn ich es recht sehe, bisher mit diesem Nachdruck nur Hans Asmussen in seiner bekannten Schrift „Rom, Moskau, Wittenberg“ beschrieben hat, eine Frage, die man nicht einfach von der Hand weisen kann, wenn man die Dinge kennt. Ich meine die Frage, ob nicht die evangelische Kirche durch die Tatsache ihrer organisatorischen Einheit über die Zonen- und Grenzen auch gehindert worden sei. Man muß dieser Frage standhalten. Sie könnte gehindert sein dadurch, daß in dem Raum der organisatorischen Einheit jener Trend zu einer falschen Parität in besonderer Weise mächtig würde, der so aussieht, daß man grundsätzlich überhaupt bei allem, was man sagt, sofort hinzufügt: „in Ost und West“; oder daß man seine geistige Unabhängigkeit darin zu beweisen versucht, daß man besonders tapfer — wozu ja gar keine Tapferkeit gehört — den Westen kritisiert und besonders leidenschaftlich die These vertritt, daß die wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Bekämpfung des Antikommunismus sei; daß man ausgerechnet im Bereich der evangelischen Kirche eine Art Virtuosität der Kritik am Westen ausbildet und die „Einübung im Christentum“ so versteht, daß man vom Osten möglichst viel Gutes redet. Ich bitte zu verzeihen, wenn ich hier etwas pointiere, um deutlicher zu machen, was hier von einem Manne wie Hans Asmussen gemeint sein könnte. Das Stichwort der Koexistenz scheint sich dann geradezu für den evangelischen Christen anzubieten, in der Frage, ob nicht der Christ der schlechthin Koexistierende sein muß. Man kann nicht unter einem Vorzeichen jene Grundsatzkritik am Westen und am Osten üben — wobei es ohne Zweifel eine christliche Tugend sein könnte —, weil man in der Nähe deutlicher sieht, und wobei man immerhin auch damit zu rechnen hat, daß man sich in der Nähe leichter ärgert, als wenn eine größere Geographie zwischen einem selber und den negativen Verhältnissen ist. Auch das wäre eine Aufgabe, einmal eine Analyse zu geben, wieviel von der gegenwärtigen Diskussion auf einem handfesten persönlichen Ärger beruht und wieviel auf geistesgewaltiger christlicher Erkenntnis. Das könnte im Hintergrund dieses Trendes zur falschen Parität stehen. Ich erspare mir, die Richtigkeit dieser Sätze an der Reaktion auf das Geschehen von Ungarn aufzuzeigen, obgleich es hier besonders sinnfällig geworden ist. Nach diesem kritischen Exkurs möchte ich sagen: Es gibt eine letzte Solidarität des Ja und des Neins, eine letzte Solidarität, die jede Kreuzzugsideologie in der Gegenwart ausschließt, die es uns Christen verbietet, uns in der Situation des Westens einzubürgern und in ihr zu verbürgen. Aber es gibt auch Unterschiede. Man schämt sich beinahe, diesen Satz auszusprechen. Er ist aber in der gegenwärtigen evangelischen Situa-

tion wichtig, denn er betrifft Gegensätze, die nicht am Rande stehen und die nicht nur die Situation der Kirche angehen, sondern Gegensätze im Blick auf die Gestalt des Staates. Kein Mensch sollte sich einbilden, daß er heute ohne Interesse und ohne Bezug zu der politischen Gestaltung und Formung leben könne. Ich kann hier nur andeuten, was für den Menschen und für den Christen die Begegnung mit dem totalitären System bedeuten muß, bei dem grundsätzlich die Frage offen bleiben muß, ob die Ideologie eingesetzt wird als Mantel der Machtentfaltung oder ob die Macht eingesetzt wird als Mantel der Machtentfaltung oder ob die Macht eingesetzt wird, um die Ideologie missionarisch auszubreiten. Ich kann nur andeuten, was es für den Menschen bedeutet, wenn durch das Vorzeichen der Ideologie, der atheistischen Ideologie, auch die neue Gesellschaftsordnung, wenn sie sozialistisch heißt, nicht sozialistisch ist. Wer in der Zone mit den Arbeitern zu sprechen in der Lage gewesen ist, der weiß, daß gerade der Arbeiter, solange er den klaren Blick behalten hat, der Todfeind der kommunistischen Gesellschaftsordnung sein muß, weil diese Gesellschaftsordnung durch die atheistische Ideologie pervertiert ist. Wo die Gesellschaftsordnung der Ideologie dient, kann sie das nicht mehr leisten, was sie zu leisten hat. Es muß in der Gesamtverantwortung der Christenheit in Ost und West einfach beachtet werden, daß der Christ im Westen alles zu tun hat, um das Vordringen des totalitären Systems nach Westen zu verhindern. Ich denke, es ist nach dem Vorhergesagten deutlich, auf welche Weise das geschehen und auf welche Weise das nicht geschehen kann, daß er aber diese Aufgabe der Abwehr nicht einfach den Christen in der Deutschen Demokratischen Republik aufkotzen kann. Es ist ein anderes, ob der Christ in einem Land und Bereich lebt, das von außen her und von innen von diesem System bedroht ist, oder ob der Christ in einem Land lebt, in dem durch die Zulassung Gottes dieses totalitäre System Ordnung und Gestalt der Obrigkeit geworden ist. Ich brauche auch das wieder nur anzudeuten, daß hier durch den Vollzug des geschichtlichen Geschehens es dem Christen nicht erlaubt ist, eine schematische Entscheidung zu vollziehen und zu fordern. Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik kann eine Loyalitätserklärung abgeben, weil er die Obrigkeit als Stiftung und Setzung Gottes kennt und er kann doch keinen Augenblick die Grenze überschreiten, die es zu überschreiten gelten könnte in dem Augenblick, wo konkret der Gehorsam gegen die Gebote Gottes den Gehorsam gegen die Obrigkeit verbietet. Daß das alles grundsätzlich auch für den Westen gilt, möchte ich ausdrücklich betonen. Aber es kommt darauf an, daß der Christ die Gabe der Unterscheidung in der Entscheidung übt.

Man darf es einmal so formulieren: Wir haben in der Theologie eine große Lektion gelernt, die wahre von der falschen Kirche zu unterscheiden. Die Lektion, die uns, der evangelischen Christenheit, heute und morgen aufgegeben ist, ist die Unterscheidung zwischen der wahren und der falschen Obrigkeit im Westen und im Osten. Ich füge dieses hier, nachdem das Wort von der Unterscheidung gesprochen ist, noch einmal ausdrücklich hinzu. Wahre und falsche Obrigkeit, das heißt nicht: christliche Obrigkeit und nichtchristliche Obrigkeit. Es gehört zu der Gabe der Unterscheidung der Christenheit dazu, daß sie keine Utopie der Wiederherstellung eines Corpus Christianum nacheifert, sondern daß sie damit Ernst macht, daß in unserem Land und Volk Nichtchristen und Christen miteinander zusammenleben und daß wir, je sachlicher und freier wir diesen Unterschied zur Kenntnis nehmen, desto mehr dem Menschen dienen. Ich skizziere: Da ist das Bild der rechten Obrigkeit, wo sich die Träger im Amt selber durch

Gottes Gebot begrenzt sehen und wo sie dem Menschen Freiheit lassen, nicht nur für die Religion, sondern auch für die Caritas und Diakonie, denn der Mensch lebt religiös nicht allein im kultischen Bereich, sondern der diakonische Auftrag trägt ihn hinaus in die ganze Weite des öffentlichen Lebens.

Lassen Sie mich zwei Dinge zum Schluß anmerken: Ich habe den Eindruck, daß unsere evangelische Kirche es so gut gelernt hat, mit einem Staat umzugehen, der das Christentum bekämpft, daß sie darüber die Gabe, in einem Staat zu leben, in dem eine solche Bekämpfung zumindest nicht vorliegt, nicht genügend entwickelt oder lebendig gehalten hat. Man hat manchmal den Eindruck, daß es Christen unter uns gibt, die aus dem Staunen über die Tatsache von offenen Türen gar nicht hinauskommen und etwas ängstlich in der Wand die Stelle suchen, in der sie ein Loch bohren

müssen, um nicht durch die Tür hindurchzugehen. Und das zweite: Wir sollten sehr viel genauer danach fragen, wo der Respekt vor der Sache und der Sachkenntnis dem Christen und seinem christlichen Wort eine Grenze setzt. Der Christ hat nicht zu allen Dingen vom Evangelium her zu reden. Ich erinnere an Dinge, die Gollwitzer, Peter Brunner, Thielicke gesagt haben: daß die Aufgabe der Christen sich sehr oft in dem Satz „Du sollst nicht“ erschöpfen muß, nicht weil das Christentum die Religionsform des erhobenen Zeigefingers ist, sondern um die Sache selbst willen, und daß das positive Wort der Christenheit oft nicht mehr sein kann als ein Hinweis auf die Fahrtrinne, in der dann die Fahrt gewagt werden muß. Ich wünschte unserer evangelischen Christenheit mehr Respekt vor der Sachentscheidung der Politiker und mehr Fürbitte für ihre Verantwortung.

PREDIGT ZUR ERÖFFNUNG DES BUNDESPARTEITAGES DER CDU AM 12. MAI 1957 IN DER HAUPTKIRCHE ST. PETRI IN HAMBURG

von Dr. theol. Heinz Zahrnt

Prediger 3, 1—13:

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vornehmen unter dem Himmel hat seine Stunde. Geboren werden und sterben, pflanzen und ausrotten, was gepflanzt ist, würgen und heilen, brechen und bauen, weinen und lachen, klagen und tanzen, Steine zerstreuen und Steine sammeln, Herzen und ferne sein von Herzen, suchen und verlieren, behalten und wegwerfen, zerreißen und zunähen, schweigen und reden, lieben und hassen, Streit und Friede — hat seine Zeit. Man arbeite, wie man will, so hat man keinen Gewinn davon. Ich sah die Mühe, die Gott den Menschen gegeben hat, daß sie darin geplagt werden. Er aber tut alles fein zu seiner Zeit und läßt ihr Herz sich ängsten, wie es gehen solle in der Welt; denn der Mensch kann doch nicht treffen das Werk, das Gott tut, weder Anfang noch Ende. Darum merkte ich, daß nichts Besseres darin ist denn fröhlich sein und sich gütlich tun in seinem Leben. Denn ein jeglicher Mensch, der da ißt und trinkt und hat guten Mut in aller seiner Arbeit, das ist eine Gabe Gottes.“

Jede Zeit ist unmittelbar zu Gott, aber nicht jede Zeit ist Gott gleich nahe. Es gibt Zeiten, die gleichsam bis zum Rande angefüllt sind mit Gott. Da sind die Menschen ihres Gottes ganz gewiß; da ist ihnen Gott so selbstverständlich und so nahe wie die Luft, die sie atmen. Wohin sie blicken, überall sehen sie seine Spuren, fast mit Händen meinen sie ihn zu greifen. Sie erkennen in der Natur eine weise Hand, die alles fügt und ordnet; die ganze Welt ist ihnen wie ein einziger großer Psalm. Sie hören Gottes Schritt durch die Geschichte gehen; die Weltgeschichte ist für sie das Weltgericht; alles, was geschieht, ist Lohn und Strafe und also Gottes Antwort auf das Tun der Menschen. Und wenn sie in sich hineinhorchen, so vernehmen sie seine Stimme. Sie wissen genau, was sie zu tun haben. Gottes Wille ist vor ihren Augen; deutlich sagt ihnen ihr Gewissen, was gut ist und was böse. Ihr ganzes Leben, das Große wie das Kleine, der Alltag so gut wie der Feiertag, ist eingebettet in Gott. In ihm leben, weben und sind sie.

Dann aber gibt es andere Zeiten, in denen Gott weit weg zu sein scheint, in denen Gott gleichsam durch Abwesenheit glänzt. Da gleicht die Welt eher einem Boogie Woogie als einem Psalm. Da werden die Kräfte der Natur zu unheimlichen Gewalten, die der Hand der Menschen zu entgleiten und sie zu verschlingen drohen. Da erscheint die Geschichte wie eine einzige große Passion der Menschheit. Und wenn man wirklich einmal still wird und in sich hineinhört, dann vernimmt man viele wirre Stimmen, nur nicht Gott. In solchen Zeiten fällt es den Menschen schwer, an Gott zu glauben. Gewiß, sie tun es noch, vor allem möchten sie es gern, sie sehnen sich darnach, aber es ist, als schafften sie es nicht mehr ganz. Ihr Glaube reicht nicht mehr aus, großartige Systeme zu entwerfen und das ganze Sein — Gott, Natur und Geschichte; Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft — in einer umfassenden Schau zu bewältigen. Kaum, daß er noch die Kraft besitzt, das tägliche Leben zu bestehen. Die Welt ist anders geworden als zu den Zeiten der Väter, dunkel, ungeordnet, rätselvoll, fremd, und der Glaube kommt gegen diese anders gewordene Welt nicht mehr an.

Wir leben heute in einer solchen Zeit, in der es der Glaube schwer hat, sich zu behaupten. Und das ist es, was uns den Prediger Salomo so nahebringt. Dieser Mann hat zwar vor mehr als 2000 Jahren gelebt, und doch ist in dem, was er schreibt, etwas enthalten, was uns schon beim ersten Hören anrührt. Das ist eben dies, daß wir spüren: dieser Mann hat es mit seinem Glauben auch nicht leicht gehabt; es ist ihm genauso wie uns schwer geworden, inmitten einer widerspruchsvollen Welt Gott festzuhalten. Darum lohnt es sich für uns gerade heute und gerade für die, die politische Verantwortung wahrzunehmen haben, auf ihn zu hören. Fragen wir also: Wie ist dieser Mann mit der Welt fertig geworden?

Das Erste ist dies: Dieser Mann sieht die Wirklichkeit so, wie sie ist. Er ist ein unbestechlicher Beobachter, er läßt sich nichts vormachen. Und das ist schon viel. Das ist auch das erste, was wir von einem Zeitgenossen erwarten, der in der heutigen Situation mitreden

will, daß er nicht von einer perfekten Welt träumt und so die Wirklichkeit schwärmerisch überfliegt, sondern daß er genau hinsieht und feststellt, was ist. Der Prediger Salomo sieht genau hin. Und was stellt er fest? Lauter Widersprüche! Gar nicht genug Gegensatzpaare kann er häufen, um die Widersprüche, die er sieht, zu beschreiben: geboren werden und sterben, pflanzen und ausrotten, brechen und bauen, weinen und lachen, klagen und tanzen, lieben und hassen, Herzen und ferne sein von Herzen. Was ist das für ein Wechsel der Bilder und Szenen! Aber sie dienen nicht dazu, um die reiche Fülle und Vielfalt der Welt zu beschreiben. Der Prediger Salomo freut sich nicht an des Lebens buntem Saum, sondern was ihn beeindruckt, ja bedrückt, das ist der Widerspruch, der tiefe, rätselvolle Widerspruch. Was ist das für eine Welt, in der so Widersprüchliches geschieht: Freude und Leid, Kampf und Friede, Zerstörung und Aufbau, Gutes und Böses, Leben und Tod! Und dies alles nicht nebeneinander, sich sinnvoll ablösend, sondern ineinander, durcheinander, sich sinnlos verschlingend. Dunkle unheimliche, rätselvolle Welt — unsere Welt.

Dies also ist das erste: Der Prediger Salomo sieht die Wirklichkeit so, wie sie ist, und was ihm dabei aufgeht, das ist die Unheimlichkeit der Welt, in der er lebt.

Wie wird er nun mit dieser unheimlichen Welt fertig? Fragen wir zunächst: Wie versucht er nicht mit ihr fertig zu werden? Welche Wege geht er nicht, um der Unheimlichkeit der Welt zu entinnen?

Der erste Weg, den er nicht geht, ist der Weg der Religion. Religion bedeutet die Ergänzung der Wirklichkeit durch Gott. Da läßt man die Welt ihren Lauf gehen, da überläßt man das Leben seinen eigenen Gesetzen, aber an seinem Rande errichtet man eine stille, windgeschützte Provinz, und darin verkehrt man mit Gott, darin psalmodiert man, darin geht es fromm zu. Das erinnert an den Versuch, inmitten eines reinen Industriegeländes noch einen kleinen Schrebergarten aufrechtzuerhalten. Eine Zeitlang mag das gelingen, aber doch nur so lange, wie es dem Herrn des Industriegeländes paßt. Sobald er darnach greift, ist es mit meiner Schrebergarten-Herrlichkeit vorbei. Oder anders ausgedrückt: Man nimmt die ganze wild zerklüftete Landschaft der Welt und legt um sie einen goldenen Rahmen, und dieser goldene Rahmen ist die Religion. Aber eben dies tut unser Prediger nicht. Er macht sich keine Religion zurecht, um mit der Unheimlichkeit der Welt fertig zu werden.

Der zweite Weg, den der Prediger Salomo nicht geht, um mit der Unheimlichkeit der Welt fertig zu werden, ist der Weg der Weltanschauung. Jede Weltanschauung, hat man gesagt, ist wie eine Brille, die der Mensch sich auf die Nase setzt, um durch sie die Welt zu betrachten. Es gibt eine ganze Reihe solcher Brillen, sehr primitive und bessere mit schärfer geschliffenen Gläsern. Aber alle diese Brillen haben es an sich, daß man durch sie nur einen Ausschnitt der Welt sieht, oder daß man durch sie die Welt so sieht, wie man sie gern sehen möchte. Auf diese Weise entsteht immer ein schiefes Bild. Ab und an merken wir das auch. Aber dann wissen wir uns zu helfen. In solchen Fällen wechseln wir einfach die Brille. Wir suchen uns eine neue Weltanschauung, schließen uns einer anderen Richtung an, lesen das Buch irgendeines weiteren Meisters und bleiben so wie die Träumenden. Der Prediger Salomo lehnt alle diese Deutungsversuche, alle diese Weltanschauungen, Ideologien und Systeme rundweg ab. Er streicht sie alle mit dem einen Satz durch: „Der Mensch kann

doch nicht treffen das Werk, das Gott tut, weder Anfang noch Ende.“ Wir sind überfordert, wenn wir die Welt von uns aus deuten; wir überheben uns, wenn wir dies versuchen. Meistens endigt dies mit einer großen Vergewaltigung. Das ist die Gefahr jedes absoluten Programms. Wer ein absolutes Programm vertritt, sucht der Welt von sich aus einen Sinn zu geben und auf diese Weise ihre Einheit und Ganzheit herzustellen: so muß die Geschichte nun verlaufen, ob sie will oder nicht — und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Darum klebt an den meisten Weltanschauungen so viel Blut.

Der dritte Weg endlich, den der Prediger Salomo nicht geht, um der Unheimlichkeit der Welt zu entinnen, ist die Flucht in die Arbeit: Sinn hin — Sinn her, denken wir nicht weiter nach, halten wir uns ran, tun wir unsere Pflicht und damit basta! Vielleicht ist dies der Weg, den wir alle in den letzten Jahren am meisten gegangen sind und den wir bis auf diesen Tag gehen. Es ist, als schaute uns der Prediger Salomo dabei zu, wenn er schreibt: „Ich sah die Mühe, die Gott den Menschen gegeben hat, daß sie darin geplagt werden.“ Aber was er bei dieser Mühe herauskommen sieht, das hört sich sehr viel anders an als unser Reden von dem „Wirtschaftswunder“. Was sieht er nämlich bei aller Plage herauskommen? Sein Urteil klingt sehr nüchtern. Er stellt ganz einfach fest: Es lohnt sich fast nicht, der Ertrag steht in keinem Verhältnis zur aufgewandten Mühe: „Man arbeite, wie man will, so hat man keinen Gewinn davon.“

So vermeidet der Prediger Salomo alle Kurzschlüsse und voreiligen Auswege, um der Unheimlichkeit der Welt zu entgehen. Er übliert nicht schwärmerisch die Wirklichkeit der Welt, indem er sie religiös verbrämt. Er macht sich auch keine Weltanschauung zurecht, um der Welt auf diese Weise Einheit, Sinn und Ziel zu geben. Endlich tritt er auch nicht die Flucht in die Arbeit an. Aber was tut er denn? Wie wird er denn mit der Welt fertig? Antwort: Er hält die ganze unheimliche Wirklichkeit der Welt aus.

Aber wie schafft er das? Wie hält er sie aus?

Die Antwort liegt in dem einen kurzen Satz: „Gott tut alles fein zu seiner Zeit.“ Damit ist alles das, was bisher über die Welt gesagt ist, nicht aufgehoben: damit werden ihre Risse, Sprünge und Widersprüche nicht verkleistert. Es bleibt dabei: diese Welt ist unheimlich, sie ist widerspruchsvoll, rätselhaft und verworren. Aber alles dieses Widerspruchsvolle, Rätselhafte und Verworrene erhält jetzt ein bestimmtes Vorzeichen: es kommt alles von Gott. Nichts geschieht in der Welt, was Gott nicht will. Und das ist es, was dem Prediger Salomo Trost gibt. Das macht es ihm möglich, die ganze unheimliche Wirklichkeit der Welt auszuhalten.

Und in der Tat, das kann einem Trost geben. Wenn wir wissen, daß einer da ist, der diese ganze unheimliche, dunkle, rätselvolle Welt in seinen Händen hält, und daß dieser eine einen Plan hat und nicht nur einen Plan, sondern auch die Macht, den Plan durchzuführen, so daß nichts von ungefähr geschieht, sondern alles „fein zu seiner Zeit“, wie Er es will — dann können wir ruhig und gelassen sein. Dann kriegen wir einen langen Atem. Dann werden wir von jener falschen kurzatmigen Aufregtheit und Nervosität geheilt, die sich ständig in einer wütenden, vielleicht auch christlich wütenden Offensive auf die Welt befindet, die sich einbildet, diese ganze Welt gleichsam noch einmal schaffen zu müssen, die darum niemals Zeit hat, die nichts abwarten kann, sondern ständig

sich selbst vorweg ist. Aber dann werden wir auch vor jenem kalten Zynismus bewahrt, der mit herabgezogenen Mundwinkeln und mit den Händen in den Hosentaschen in überlegener Distanz dem Weltspektakel zuschaut, den nichts mehr anrührt, nichts mehr überrascht, weil er alles schon weiß und kennt oder der unbeteiligt seine Figuren setzt, weil alles für ihn nur ein Spiel ist. Freilich, wenn wir wissen, daß alles von Gott kommt, dann kann uns auch eine Gefahr drohen, die Gefahr nämlich, daß wir so gelassen werden, daß wir die Dinge sich selber überlassen. Dann lassen wir Gott an uns vorüberziehen. Diese Gefahr droht fraglos dem Prediger Salomo. Er steht gefährlich nahe an der Grenze der Resignation.

Aber nun können wir, ohne überheblich zu sein, sagen: Wir wissen noch mehr über Gott und die Welt als der Prediger Salomo. Wir wissen nicht nur, daß alles in der Welt von Gott kommt; wir wissen, daß Gott selbst in diese Welt gekommen ist. Hier müssen wir nun noch einmal alle die Gegensatzpaare im Ohr haben, die der Prediger Salomo häuft, um die Unheimlichkeit der Welt zu beschreiben: geboren werden und sterben, brechen und bauen, weinen und lachen, klagen und tanzen, lieben und hassen, Herzen und ferne sein von Herzen. In dieses alles, in diese ganze Zweideutigkeit und Unheimlichkeit der Welt ist Gott hineingekommen. Gott hat den Kessel dieser Welt nicht von außen aufgebrochen, sondern er ist bei uns im Kessel gelandet. In Jesus Christus ist Gott mit uns solidarisch geworden und hat unser ganzes Menschenschicksal mit uns geteilt. Jesus Christus ist der Gott mit uns, der Gott, der mit uns ist in der Unheimlichkeit der Welt.

Damit aber hat sich auch unser Verhältnis zur Welt gewandelt. Wenn Gott mit uns ist in der Welt, dann hört die Welt für uns auf, unheimlich zu sein. Wenn wir in Gott geborgen sind, dann brauchen wir in der Welt keine Angst mehr zu haben. Denn wer sich vor Gott fürchtet, braucht sich vor nichts in der Welt mehr zu fürchten, vor keinem Menschen, vor keinem Ding, nicht einmal vor sich selbst.

Nicht, daß wir jetzt nicht mehr in der Welt leben müßten! Ganz gewiß müssen wir das noch, und auch den Christen wird hier nichts geschenkt. Aber die Welt ist für uns anders geworden. Wer zu Gott „Lieber Vater“ sagen kann, der kann auch zu der Welt „Liebe, gute Erde“ sagen. Wer frei, fröhlich und angstlos mit dem Vater umgehen darf, der kann auch frei, fröhlich und angstlos mit der Welt umgehen. Wenn wir in Gott geborgen sind, dann können wir der Welt in Freiheit gegenüberstehen, dann können wir unbefangen mit den Dingen der Welt umgehen. Ja, mehr noch, dann können wir die Welt, die uns bisher in ihrer Hand gehabt hat, in unsere Hand nehmen. Wie der Vater den Söhnen, wenn sie mündig geworden sind, das Erbe zur Verwaltung übergibt, so hat auch Gott uns die Welt als Erbe übergeben, damit wir sie in freier Verantwortung verwalten. Der Schöpfer vertraut uns seine Schöpfung an, daß wir sie in unsere Fürsorge und Obhut nehmen. Wie Gott in die Welt hineingegangen ist, so sollen auch wir in die Welt eingehen. Wie Gott mit der Welt solidarisch geworden ist, so sollen auch wir mit der Welt solidarisch werden. Wie Gott sich der Welt geöffnet hat, so sollen auch wir uns der Welt gegenüber offenhalten. Hier hat alle politische Arbeit, überhaupt alles öffentliche Tun der Christen seinen tiefsten Grund.

Nachdem es sich ereignet hat, daß Gott selbst in diese Welt gekommen ist, gibt es in ihr keine ausgegrenzten frommen Bezirke, keine religiösen Provinzen mehr.

Jetzt ist die ganze Welt zum Betätigungsfeld unseres Glaubens geworden. Davon beginnen wir heute wieder etwas zu begreifen. Unvergeßlich ist mir das Gespräch mit einem Arzt, der mir sagte: „Im Grunde gelten wir für euch Pfarrer doch nur nach Feierabend, wenn wir zu euch in die Bibelstunde kommen, im Kirchenvorstand sitzen oder eure Männerabende besuchen. Ich möchte aber morgens beim Operieren ein gutes Gewissen haben!“ Der Arzt will nicht Kranke heilen und dann noch Christ sein; der Politiker will nicht Politik treiben und dann noch religiös sein, vielleicht nach Feierabend oder eine Stunde vor dem Parteitag; die Eheleute wollen nicht zusammenleben und dann noch fromm sein; sondern mitten im Leben, mitten in allen Beziehungen dieser Welt möchten sie ihren Glauben verwirklichen. Auf jene Weise Christ sein, in den hundertfältigen Situationen des privaten und öffentlichen Lebens, als Eltern und Eheleute, als Arbeiter, Bürger, Beamter, Staatsmann, Forscher oder Bauer, in der politischen Aktion, in der Wirtschaft, in Sieg und Niederlage — das ist die mündige christliche Existenz, zu der uns Christus befreit hat und die wir heute neu zu entdecken beginnen.

Aber eben damit unser Verhältnis zur Welt gesund bleibt, brauchen wir immer wieder den Zugang zu Gott. Von dem Propheten Daniel wird uns erzählt, daß er an dem Söller seines Hauses in Babylon stets ein offenes Fenster gegen Jerusalem hin gehabt habe. Jerusalem — das bedeutete damals die Stätte der gnädigen Gegenwart Gottes. Das ist es also, was wir brauchen: ein offenes Fenster gegen Gott hin. Man merkt es einem Menschen an, ob er ein solches offenes Fenster gegen Gott hin hat; man merkt es auch einem Volke an, wieviel offene Fenster gegen Gott hin es in ihm gibt. Man merkt es einem Politiker an, ob er nur sich selber durchsetzen will, ob ihn nur der Ehrgeiz treibt, ob es für ihn nur das politische Kalkül gibt, so daß die Politik für ihn zu einem *l'art pour l'art* wird, oder ob er dabei an die Menschen denkt, die ihm anvertraut sind, und daß alle Politik nur den einen Sinn hat, daß die Menschen leben können und in Frieden beieinander wohnen. Man merkt es einem Juristen an, ob er nur Paragraphen handhabt, oder ob er in dem Verbrecher, den er zu verurteilen hat, den Bruder erkennt und mit ihm zusammen auf das Jüngste Gericht wartet. Man merkt es einem Arzte an, ob er nur einen neuen Fall aufnimmt, oder ob er aus der Anamnese etwas heraushört von dem Seufzen der unerlösten Kreatur. Man merkt es einem Kaufmann an, ob er verdienen will und nur verdienen, oder ob er etwas davon weiß, daß die Ware, mit der er handelt, anvertrautes Gut ist und er also von Gott gewürdigt, den Menschen das tägliche Brot auszuteilen. Man merkt es einem Lehrer an, ob die Kinder für ihn nur pädagogisches Material sind, Objekte unaufhörlicher Schulreformen oder Geschöpfe Gottes, vor denen er heimlich seinen Hut zieht. Und man merkt es auch den Frauen an, ob sie sich nach außen kehren und das Leben vergeuden, oder ob sie nach innen gewandt sind, das Leben zu bewahren und Frieden unter uns Männern zu stiften.

Und nun frage ich dich ganz einfach: Wie steht es mit deinem offenen Fenster gegen Gott hin? Ist es noch offen und hell oder hängen die Spinnweben darin oder hast du es einfach zugemauert? Dann sage ich dir: Brich die Steine heraus, wisch die Spinnweben fort und stoße das Fenster wieder auf! Denn wir alle brauchen, ob wir im grellen Neonlicht der Öffentlichkeit stehen oder irgendwo anonym unsere Arbeit tun, wenigstens einen Lichtstrahl aus der Ewigkeit, der unseren Weg erleuchtet. Amen.

„EVANGELISCHE VERANTWORTUNG HEUTE“

Die Berichte der Arbeitsgruppen der 6. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises

Die drei Hauptreferate der Kasseler Bundestagung, die von Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt MdL, Prof. Dr. Müller-Schwefe und Prof. Dr. Franz Böhm MdB gehalten wurden, bildeten die Diskussionsgrundlage für die drei Arbeitsgruppen, deren Bericht wir hier abdrucken.

Die I. Arbeitsgruppe wurde von Staatssekretär Dr. Walter Strauß, die II. Arbeitsgruppe von Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel, die III. Arbeitsgruppe von Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt geleitet.

Die Redaktion.

I.

„Die geschichtlichen Kräfte des deutschen Protestantismus und unser politischer Auftrag“

von Staatssekretär Dr. Walter Strauß

Die sehr stark besuchte und lebendige Aussprache beschäftigte sich nur zum Teil mit dem Referat von Herrn Staatsminister Dr. Otto Schmidt, führte darüber hinaus vielmehr zu einer Erörterung auch anderer Fragen, wie es verständlich ist, wenn durch gemeinsame Gesinnung verbundene Menschen aus den verschiedensten deutschen Landesteilen sich einmal im Jahr treffen.

Wir sind ausgegangen von einer kurzen Betrachtung des eigentlichen deutschen historischen Erbes, des historischen Faktums, daß in Deutschland die Reformation zu einer Doppelung der Konfessionen geführt hat. Diese Doppelung stellt für uns eine unabänderliche historische Lage dar, aus der es gilt, für das politische Leben unserer Zeit die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Dabei wurde über das Referat von Herrn Minister Schmidt hinaus noch auf einige weitere fortwirkende historische Kräfte des deutschen Protestantismus hingewiesen. Erwähnt wurde, daß das Urgrundrecht der Gewissensfreiheit, der Ursprung aller späteren Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Schöpfung der Reformation war und daß die deutsche Entwicklungslinie der Grund- und Menschenrechte wesentlich vom Luthertum und vom Calvinismus geformt wurde, weniger also vom rationalistischen und aufgeklärten System der Französischen Revolution. Das hat fortgewirkt bis in die Gestaltung der Grundrechte in unserem Grundgesetz.

Bedeutungsvoll erschien, daß die Reformation sich mit Hilfe der Landesfürsten durchsetzte. Dadurch entstand der Protestantismus als Landeskirche. Das war zugleich die Ursache des besonderen Einflusses von lutherischem und reformatorischem Glauben auf Staatsgestaltung und Staatsinhalt, der zu einem bestimmt gearteten Verhältnis von Staat und Protestantismus führte, namentlich in dem führenden preußischen Staat.

Auch das deutsche Berufsbeamtentum ist in seinen Wurzeln auf die evangelische Berufsethik und Berufssittlichkeit zurückzuführen, wie sie sich im Raum der lutherischen und reformatorischen Länder entwickelt hatten. Die Betonung des Dienstgedankens und des Dienstethos haben diese Staaten und ihre Staatsdiener mit geprägt.

Die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche im landesherrlichen Kirchenregiment wirkte auf die protestantische Staatslehre ein und hat zur Bildung des konservativen Staatsgedankens beigetragen.

Demgegenüber wurde auf gewisse Versäumnisse hingewiesen, die mit den geschichtlichen Kräften des deutschen Protestantismus zusammenhängen, Versäumnisse im theologischen Bereich sowohl bei der

orthodoxen als auch liberal-rationalistischen Theologie des 19. Jahrhunderts, Versäumnisse aber auch im sozialen Bereich. Dabei wurde allerdings Stöckers gedacht und auch des Evangelisch-Sozialen Kongresses der 80er und 90er Jahre und des wesentlichen Beitrages, der hier zur Fortbildung der sozialen Frage geleistet worden ist.

Gestreift wurde sodann die Zeit zwischen 1918 und 1933 und festgestellt, daß mit dem Jahr 1918 eine bis heute fortwirkende Erschütterung des Staatsverständnisses auf evangelischer Seite eingetreten ist, die in der Weimarer Zeit von einer sehr starken Zersplitterung des evangelischen Volksteiles im politischen Raum begleitet war.

Damit kamen wir zu dem zweiten Themateil, zu unserem heutigen politischen Auftrag. Der Rückblick auf die frühere Entwicklung führte uns zu dem neuen Ansatz nach 1945. Er bedeutet, daß erstmals nach Jahrhunderten im politischen Bereich die Doppelung der Konfessionen überwunden wurde. Hermann Ehlers hat einmal gefragt: „Was konnten wir nach 1945 tun? Es gab die Möglichkeiten eines Gegeneinanders, eines Nebeneinanders oder eines Miteinanders. Wir haben, weil wir die Vergangenheit kannten, den Weg des Miteinanders gewählt.“ Die CDU stellt die einzige Neuformung in der Parteibildung nach 1945 dar, auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit, aber unbelastet von verbrauchten Traditionen des 19. Jahrhunderts.

Wir glaubten, die erfolgreiche Erfüllung eines der Ziele von 1945 feststellen zu dürfen: die Überwindung des Konfessionalismus in der Politik. Es wurde daran erinnert, daß der sogenannte antirömische Komplex offenbar in der Weimarer Zeit bei der Sozialdemokratie so lange nicht spürbar wurde, als sie sich mit dem Zentrum in die Macht teilte.

Wichtiger erschien jedoch folgendes: zu der bereits erwähnten Erschütterung des Staatsverständnisses des evangelischen Volksteiles nach 1918 hat die Katastrophe von 1945 einen weiteren Schock gebracht. Daher haben wir, Hermann Ehlers in erster Linie, unsere besondere Aufgabe darin gesehen, uns um die Wiedergewinnung dieses Staatsverständnisses und eines gesunden Geschichtsbewußtseins zu bemühen und auch den richtigen evangelischen Bezug zum Vaterlandsbegriff wiederherzustellen. Hier sind wir vielfach einem antipreußischen Komplex begegnet, den es zu überwinden gilt. Preußens historische Mission war praktisch mit dem Ende der Monarchie erfüllt. Endgültig zerstört wurde Preußen jedenfalls nicht durch ein Kontrollratsgesetz, sondern schon vorher durch Hitler und seine Helfershelfer. Es war ein letztes historisches Aufbau-

men Preußens im guten Sinn — es gab auch einen weniger guten Sinn —, als vorwiegend von Kräften preußischer Tradition und preußischer Gesinnung der Versuch des 20. Juli unternommen wurde. Der preußische Staatsgedanke, in dem sich in einer eigenartigen Weise Luthertum und Reformierte gefunden haben (die Hohenzollern waren über 200 Jahre Reformierte), lehrt uns noch etwas Wesentlicheres, nämlich, daß es jenseits der Teile ein Ganzes gibt, jenseits der Parteien, Fraktionen und Faktionen einen gemeinsamen Staat. In vielen Diskussionsbeiträgen klang an, daß diese Erkenntnis es zur Aufgabe gerade des evangelischen Teiles der CDU mache, den Staat als Ganzes jenseits der Teile, auch jenseits der eigenen Partei zu sehen.

Was seit Luthers Zeiten als evangelische Staatslehre entwickelt worden ist, verpflichtet aber auch, worauf das Referat von Herrn Professor Müller-Schwefe aufmerksam gemacht hat, der Begrenzung des Staates inne zu werden. Wir haben erfahren, wie Machtausübung mißbraucht werden und wie die Anerkennung transzendentaler Werte den richtigen Gebrauch der Macht sichern kann.

Beachtenswert war ein Hinweis in der Diskussion, daß Protestantismus und Demokratie in einem stärkeren Spannungsverhältnis stehen als Katholizismus und Demokratie. Es sei unsere Pflicht, bei der Verwirklichung der Demokratie die Kraft der individuellen Selbsttätigkeit und der Verantwortung des einzelnen stärker zu betonen. Die Neigung zum Versorgungsstaat bereite hier erhebliche Gefahren, auch in bezug auf die Heranbildung einer neuen Untertanengesinnung.

Die Ausführungen des Schlußwortes von Herrn Minister Schmidt mit ihrer Bezugnahme auf das Gesamthema unserer Tagung „Evangelische Verantwortung heute“ beeindruckten sehr. Er wies auf die mitmenschliche Partnerschaft hin, die von uns gerade auch in der Politik verlange, für unsere Gegner, auch für die Opposition, mitzudenken und uns ihnen gegenüber so zu verhalten, wie es diese mitmenschliche Partnerschaft erfordert. Das wurde noch erweitert auf das Verhältnis des deutschen Volkes zu anderen Völkern. Hier bestehe das

Gebot, einem falschen Nationalismus endgültig abzusagen und nach neuen Formen des Denkens und des Verhaltens im Sinne einer Partnerschaft in der Verantwortung zu suchen. Das gilt namentlich gegenüber denjenigen Völkern, mit denen wir in europäischer Grenznachbarschaft im Westen und im Osten leben, aber auch gegenüber den überseeischen Völkern nichtchristlicher Bekenntnisse, die in der Entwicklung begriffen sind. Es sei eine Forderung evangelischer Verantwortung, die Neubildung eines gesunden Heimat- und Vaterlandsgefühls zu verbinden mit dem Gedanken mitmenschlicher Partnerschaft gegenüber anderen Völkern.

Verantwortung steht in unlöslicher Beziehung mit Freiheit auf der einen und Gehorsam auf der anderen Seite. Die Präambel des Grundgesetzes spricht die „Verantwortung des deutschen Volkes vor Gott und vor den Menschen“ an. Diese Verantwortung läßt sich nur in Freiheit und Gehorsam zugleich verwirklichen. Zum rechten Gehorsam, d. h. zum freiwilligen Gehorsam gehört auch, wie Professor Müller-Schwefe dargelegt hat, daß sich im Verhältnis des Staatsbürgers zum Staat ein gewisser Schatz von Autorität ansammelt. Autorität läßt sich durch Tradition gewinnen. Die Bildung von Traditionen ist in der deutschen Geschichte immer wieder unterbrochen worden. In beschränktem Maße können gesunde Institutionen zum Ansammeln von Autorität beitragen. Vor allem aber kann durch Vorbilder Autorität gewonnen werden. Die Jahre seit 1949 haben gezeigt, wie durch politische und menschliche Vorbilder auch im deutschen Volk allmählich wieder ein echtes Verständnis für die Notwendigkeiten des Staates und für echte Autorität gewonnen wurde.

Als Bindung an Gott und den Nächsten setzt Verantwortung Freiheit voraus, eine Freiheit, die aber nur im Bewußtsein dieser Verantwortung gebraucht werden darf. In Gehorsam gegenüber der selbstgewählten Staats- und Lebensordnung eingebettete Freiheit ist aber auch die Freiheit, die uns allein zu einem Zusammenleben im gemeinsamen Staat aller Deutschen führen kann, und die es uns ermöglichen wird, diesen Staat in freier Einung unter Zustimmung aller Deutschen zu verwirklichen.

II.

„Die Krise der Autorität“

von Regierungsdirektor Hellmut Lauffs

In der sehr lebendigen, sachlichen und ertragreichen Aussprache wurden die Grundgedanken des Referates von Prof. Dr. Müller-Schwefe bejaht, sowohl was die Schilderung der Situation, als die Aufweisung der Ursachen der Krise als auch die aufgezeichneten Wege zu ihrer Heilung betrifft.

Übereinstimmung herrschte insbesondere darin, daß weit über den Bereich von Familie und Schule hinaus im gesamten öffentlichen Leben, in Gesellschaft und Staat, ja auch in der Kirche eine Erschütterung der Autorität festzustellen ist. Das Wesen dieser Erschütterung besteht darin, daß alle lebenserhaltenden Ordnungen und die in ihnen verantwortlich tätigen Menschen nicht mehr selbstverständlich anerkannt, vielmehr sowohl praktisch wie auch grundsätzlich in Frage gestellt werden. Mit dem Referenten waren sich alle Diskussionsredner darin einig, daß es sich bei dieser Erschütterung der Autorität zwar um eine wirkliche Gefährdung der Lebensordnungen, nicht aber um einen unaufhaltsamen Verfallsprozeß, sondern um eine Krise

handelt, welche in sich die Möglichkeit einer Gesundung enthält, an der mitzuwirken uns allen persönlich aufgetragen ist.

Über die Anerkennung der Grundgedanken des Vortrags hinaus wurden im wesentlichen folgende ergänzenden Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht:

1. Die Krise der Autorität ist zwar zutiefst in Verfallserscheinungen des ethischen und religiösen Raumes begründet. Gott ist aus der Mitte der Menschen an den Rand gedrängt worden und dadurch ist auch die Ordnung der Menschen untereinander in ihrer letzten Grundlage zerstört worden.
2. Aber auch tiefgreifende Wandlungen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Raum sind als nicht übersehbare Mitursachen zu betrachten.
3. Anstelle persönlicher Beziehungen von Mensch zu Mensch sind vielfach überwiegend unpersönliche, anonyme, rein dingliche oder sachliche Beziehungen

getreten, und zwar bis in den Schoß der Familie hinein.

4. Schwer kontrollier- und regulierbare Einflüsse aus der Öffentlichkeit, besonders aus Schrifttum, Funk und Film dringen auch in verhältnismäßig fest gegründete Familien und verändern deren inneres Gefüge.
5. Die Formen der Wirtschaft und die Verpflichtungen des öffentlichen Lebens entziehen im zunehmenden Maße nicht nur den Vater, sondern auch vielfach die Mutter der Familie, was sich besonders in verhängnisvoller Weise in vaterlosen Familien auswirkt. Da Vater und Mutter kaum Zeit und Geduld für die Kinder haben, fehlt diesen weithin das Gefühl der Geborgenheit, nach der sich vielfach gerade auch jene Kinder sehnen, die nach außen hin gegen die Bindung an Vater und Mutter aufzubegehren scheinen.
6. Eine der wesentlichsten Ursachen für das Aufbegehren der Jüngeren gegen die Erwachsenen liegt in mancherlei Versagen von großen Teilen der älteren Generationen, besonders in der Art, wie sie ihre Autorität geltend machen oder auch nicht geltend machen.
 - a) Die ältere Generation kennt nicht mehr ihre Verpflichtung, für die Jugend alt zu sein.
 - b) Sie kennt nicht mehr das Elternamt, das ihr von Gott aufgetragen ist.
 - c) Von sehr viel Eltern wird die Anerkennung ihrer Autorität überhaupt nicht gefordert, ja nicht einmal erwartet.
 - d) Die Eltern unterwerfen sich in unverständlicher und im Grunde von der Jugend verachteter Weise den Wünschen und Launen ihrer Kinder.

7. Die zur Autorität gerufene Schicht macht weithin keinen Gebrauch von neuen Formen menschlicher Beziehungen. Sie mißversteht z. B. Partnerschaft in Haus und Schule als Gegensatz zur Autorität. Anstatt Partnerschaft als Form der Hingabe von Mensch zu Mensch zu bejahen und sie als Voraussetzung für die Anerkennung der Autorität anzusehen, wie umgekehrt Autorität Voraussetzung echter Partnerschaft ist.

8. Die Autorität des Staates wird dadurch in Frage gestellt, daß er seine Grenzen nicht kennt und nicht inne hält und daß er seinen beauftragten Organen, seien es Beamte oder Vertretungskörperschaften, nicht das Maß der Verantwortung überläßt, das sie in den ihnen anvertrauten Bereich zu vertreten haben.

9. Es herrscht Übereinstimmung darin, daß das Wesen des Staates von Grund auf neu verstanden, durchdacht und bestimmt werden muß. Er ist weder der alles versorgende „Vater Staat“ noch Obrigkeitsstaat. Wir meinen, daß hier Martin Luther vielfach falsch verstanden worden ist, und daß aus dem falsch verstandenen Begriff der evangelischen Freiheit vielfach Bindungslosigkeit gegenüber allen irdischen Institutionen wie auch der Kirche gegenüber geworden ist.

10. Das echte Gegenüber und die rechte Zuordnung von Person- und Vernunftsordnung schafft auch in der menschlichen Gesellschaft neue Autorität.

11. Die Gesundung aller Autorität im häuslichen und schulischen, gesellschaftlichen und staatlichen Bereich kann nicht gefunden werden durch Erneuerung oder Neugestaltung rein innerweltlicher Bindungen, sondern in der Anerkennung der Autorität Gottes, auf der alle irdische Autorität beruht.

III.

„Verantwortliche Gesellschaft“

von Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB

Die Arbeitsgruppe stimmte dem Grundgedanken des Referats von Prof. Franz Böhm, MdB, zu, daß man den Begriff „Verantwortliche Gesellschaft“ nicht so verstehen darf, als gebe es eine verantwortliche, also etwa eine „christliche“ Gesellschaft, die man als Typ anderen Gesellschaftssystemen entgegenstellen kann. Diese Auffassung wird bestätigt durch den Bericht der III. Sektion der Kirchenversammlung von Evanston, der ausspricht, daß der Begriff der „Verantwortlichen Gesellschaft“, der seit der Kirchenversammlung von Amsterdam im ökumenischen Gespräch verwandt wird, „kein soziales oder politisches Alternativsystem“ zum Inhalt hat. Es wurde aber an dem Beispiel der Sklaverei erläutert, daß es Lösungen des jederzeit auftretenden Problems der gesellschaftlichen Machtverteilung gibt, die von Christen auf die Dauer nicht ertragen werden können. Das gilt z. B. von allen Einrichtungen, in denen der Mensch als Sache betrachtet wird, und in denen einem Menschen eine uneingeschränkte Macht über einen anderen zugeteilt wird. Das jeder Gesellschaftsordnung, jeder Gruppe, jedem Verband, jedem Betrieb innewohnende Element der Über- und Unterordnung trägt in unserer Welt die Gefahr der Entartung in sich. Die christlichen Glieder der Gesellschaft und die christliche Gemeinde müssen durch ihr Dasein als Ferment wirken, sich aber auch als aktive Gruppe der Entartung der Macht entgegenstellen.

Die Wandlungen, denen jedes Gesellschaftsgefüge unterworfen ist, lassen immer wieder neue Entartun-

gen des Machtgebrauchs und damit neue Benachteiligungen und Notlagen von Gruppen und von einzelnen entstehen. Als eines von vielen Beispielen für die Gefahr des Machtmißbrauchs wurde die Bildung von Monopolen genannt. Es muß immer möglich sein, daß die Benachteiligten ihren Protest denjenigen, die über die Richtung der Politik entscheiden, zu Gehör bringen. Es wird auch da, wo christlicher Glaube lebendig ist, immer aktive Gruppen und Einzelpersonlichkeiten geben, die sich die Forderungen der Benachteiligten zu eigen machen und die auf die Verwirklichung der notwendigen gesellschaftlichen Anpassungen und Abhilfen drängen. Es ist eine Frage des gesellschaftlichen Gefüges, das so locker, frei und elastisch sein muß, daß diesen Gruppen Raum zur Durchsetzung eines gerechten Ausgleichs bleibt. Es ist zugleich eine Frage der Erziehung des einzelnen zum Bewußtsein seiner Verantwortung für den Mitmenschen, die es ihm unmöglich macht, an der Not anderer ungerührt vorüberzugehen. Diese Erziehung beginnt in der Familie, von deren menschenprägender Kraft die Gestalt der Gesellschaft in hohem Maße abhängt.

Die Nöte unserer Zeit sind mannigfach und stehen in engstem Zusammenhang mit vielschichtigen Entwicklungen der gesellschaftlichen Umwelt. Besonders erwähnt wurden: die Lockerung der Familie, der Sog der industriellen Berufswelt, der Vater und Mutter aus der Familie zieht; im Zusammenhang damit die frühe Familienentfremdung der Kinder, die Unfähigkeit

vieler Menschen, vernünftig zu wirtschaften, d. h. auf das Güterangebot eines freien Marktes maßvoll zu reagieren, der Mangel an Wohnraum, die Entwertung der persönlichen Altersvorsorge, das Gefühl der Unsicherheit, das die Preis- und Lohnbewegung bei Verbrauchern und Wirtschaft erzeugt, das Vorhandensein von Lagern in Deutschland, in denen Menschen seit Jahren leben, das Einströmen von Tausenden von Flüchtlingen aus der Sowjetzone und ihre Not.

Diesen Nöten zu begegnen ist aber nicht nur eine Sache des Herzens und des guten Willens. Die Gesellschaft ist, zumal in ihren wirtschaftlichen Bezügen, bestimmt von Sachzusammenhängen, die außerordentlich kompliziert, die weltweit verflochten und für den einzelnen schwer übersehbar sind. Diese Sachzusammenhänge sind in sich nicht gut oder böse. Die Entschei-

dungen, die der einzelne oder eine Gruppe, etwa eine Partei, oder die Regierenden in bezug auf die Ordnung der Gesellschaft zu treffen haben, hängen daher in hohem Grade von Sachkenntnis, Einsicht und Vernunft ab. Wir sind heute in Gefahr, dies zu übersehen. Wir glauben oft, ethische Ziele unmittelbar durch Herausgreifen eines Einzelzieles und einer Einzelmaßnahme und unter Übersehung der vielschichtigen Sachzusammenhänge erreichen zu können.

Die Aufgabe des Christen als verantwortlichem Glied der Gesellschaft wird es sein, nicht nur sich Ziele zu setzen, die dem Mitmenschen dienen, sondern zugleich in gewissenhafter Prüfung und in einer jeder Schwärmerei abholden Nüchternheit diese Sachzusammenhänge zu untersuchen und zu erleuchten, ehe er seine Entscheidungen trifft.

KASSELER ERKLÄRUNG

der 6. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Der evangelische Christ kann und darf der großen Wahlentscheidung dieses Jahres am 15. September nicht ausweichen. Er muß sich ihr stellen.

Der einzige neue politische Ansatz nach 1945 ist der Weg der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union. In ihr schlossen sich erstmals evangelische und katholische Christen in Verantwortung für das öffentliche Leben zusammen. Dieser gemeinsame Weg hat sich bewährt.

Wir sind unter dem Zeichen „christlich“ angetreten. Damit haben wir keinen Monopolanspruch erhoben. Wir haben uns vielmehr selbst herausgefordert, indem wir uns unter diese gemeinsame Verpflichtung gestellt haben. Das bedeutet kein Urteil über andere.

Wir Evangelischen bringen ein reiches und vielfältiges Erbe in die CDU/CSU ein: ein konservatives, ein pietistisches, ein liberales, ein christlich-soziales Erbe; nicht zuletzt den Ertrag des kirchlichen und politischen Widerstandes gegen totalitäre Gewalten.

Die katholischen und evangelischen Christen in der CDU/CSU sind sich des Wertes ihres beiderseitigen Beitrags bewußt. Darum Schluß mit dem unheilvollen antirömischen Komplex!

Unsere Gegner möchten gern aus der CDU/CSU eine katholische Partei machen. Diese Bemühungen sind aussichtslos.

Die Union ist Wirklichkeit!

Das wissen auch unsere politischen Gegner. Würden sie sonst versuchen, ihre Wahlparolen dieser neuen Entwicklung anzupassen?

Unser Auftrag in der CDU/CSU ist unter dem Zeichen „christlich“ jenseits von Standes- und Klassengegensätzen zu einem verpflichtenden Miteinander der bewahrenden, der freiheitlichen und der sozial-fortschrittlichen Kräfte geworden.

Das hat uns stark gemacht. Das hat uns den Weg zum Aufstieg Deutschlands gewiesen.

Das ist auch der Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Er gebietet uns, das Leid unserer Brüder im sowjetischen Machtbereich in diesem Geist eines neuen Verstehens und persönlicher Opfer auf uns zu nehmen.

Wir wollen uns in diesem Wahlkampf mit unseren Gegnern auf der Grundlage verantwortlicher Aufbauarbeit für Deutschland messen. Die aber spricht für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union.